

Der Wohnsinn



Immobilien. 17,50 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter – so viel müssten Bauherren aktuell verlangen, um angesichts gestiegener Baukosten noch einen Gewinn zu erzielen. Oft lohnt sich die Bautätigkeit für Projektentwickler aufgrund der hohen Kosten für Baumaterialien und Zinsen gar nicht mehr. Entsprechend entstehen viel zu wenige neue Wohnimmobilien und die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist angespannter denn je. Welche Ansätze es gibt, um die Lage zu verbessern und wie man in Ballungszentren noch eine bezahlbare Wohnung finden kann – auch als Student –, weiß IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer. —> [Seiten 2-7](#)

Kreislaufwirtschaft

Um Ressourcen möglichst lange zu nutzen, plant die EU, einen Digitalen Produktpass einzuführen. Als Grundlage bieten sich Datenstandards wie ECLASS an.

—> [Seiten 8-9](#)

Polen

Wer auch immer die Wahl am 15. Oktober gewinnt: Die künftige polnische Regierung steht vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen.

—> [Seiten 12-13](#)

Die Wohnungskrise

Immobilien. Hohe Mieten, kaum bezahlbare Immobilien – der Wohnungsmarkt in Deutschland ist unter Druck. Vor allem in den Ballungszentren steigen die Preise. Da zu wenig Wohnraum gebaut wird, dürfte sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen.

Es gibt eine griffige Zahl, die das Problem sehr anschaulich verdeutlicht: 60 Monate – annähernd so lange dauert es laut der Kieler Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen heutzutage durchschnittlich in

Deutschland, um eine einfache Wohnung fertigzustellen. Das ist fast doppelt so lange wie 2014. In diesen fünf Jahren, die es mittlerweile braucht, bis das neue Heim endlich bezugsfertig ist, dürfte so mancher ursprüngliche Wohnungswunsch obsolet sein: weil es nun Kinder gibt, weil es mehr Kinder gibt, weil Kinder bereits ausgezogen sind, weil Partner hinzu- oder abhandengekommen sind oder ein Familienmitglied pflegebedürftig geworden ist und nun eine barrierefreie Wohnung benötigt.

Doch nicht nur der Faktor Zeit macht das Wohnen zum sozialen Thema. Sowohl die Mieten als auch die Kaufpreise für Wohnimmobilien sind in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen – Letztere sind zwar zuletzt wieder etwas gefallen, doch längst nicht genug, um den Zinsanstieg auszugleichen. Der Immobilienerwerb ist für viele potenzielle Käufer schlicht nicht mehr möglich, was dazu führt, dass diese Gruppe Mieter bleibt. Das sowie die zu geringe Bautätigkeit – bundesweit fehlen rund 700.000 Wohnungen – führt insbesondere in den Ballungszentren zu stark steigenden Mieten (Grafik):

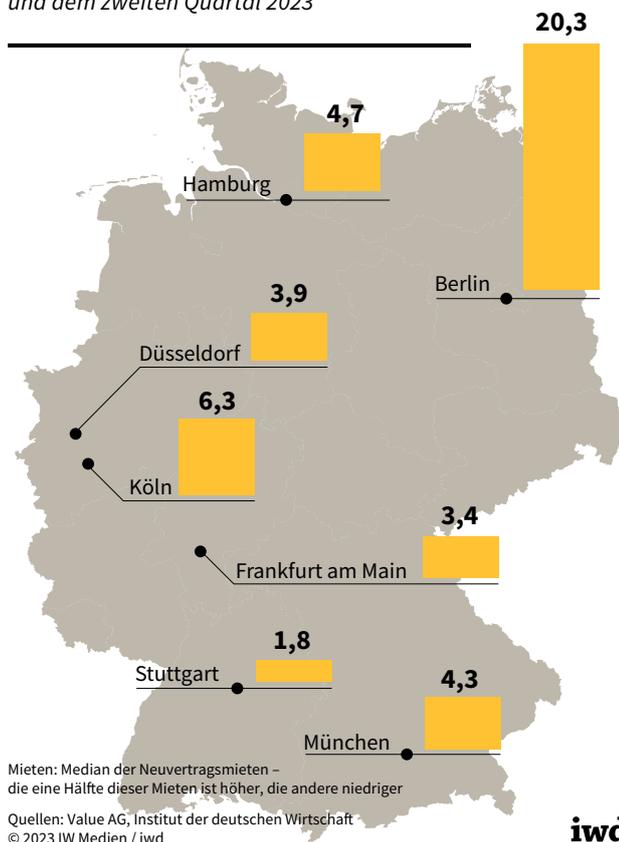
Die durchschnittlichen Neuvertragsmieten sind zuletzt in allen deutschen Großstädten gestiegen. In Berlin mussten Mieter im zweiten Quartal 2023 im Schnitt sogar 20 Prozent mehr zahlen als im Vorjahreszeitraum.

Dass die Mieten in der Hauptstadt so in die Höhe geschossen sind, liegt auch daran, dass Berlin wächst: Allein 2022 gab es eine Nettozuwanderung von 85.000 Menschen. Außerdem holen viele Vermieter in Berlin Mietpreiserhöhungen nach, die sie aufgrund des Anfang 2020 eingeführten, aber inzwischen wieder aufgehobenen Mietendeckels nicht vornehmen konnten.

Eine Entspannung der Lage auf dem Wohnimmobilienmarkt ist zudem nicht in Sicht. Denn obwohl die

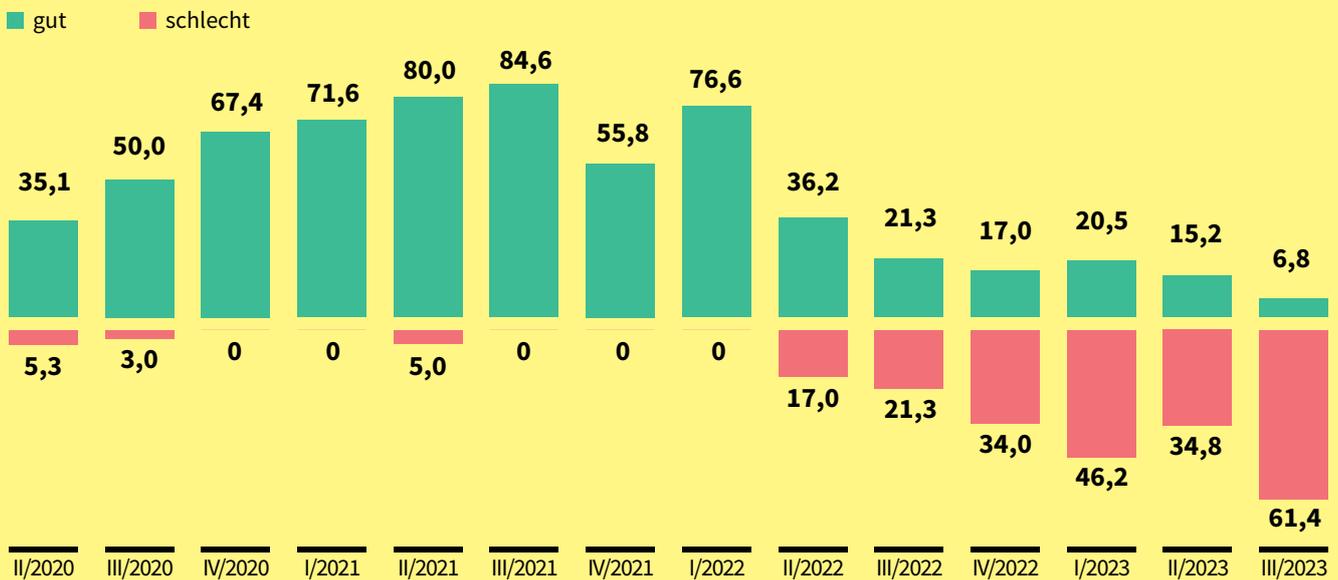
Wohnungsmieten: Berlin verteuert sich um ein Fünftel

Um so viel Prozent stiegen die Mieten in den sieben größten Städten Deutschlands zwischen dem zweiten Quartal 2022 und dem zweiten Quartal 2023



Immobilienbranche: Stimmungstief bei den Projektentwicklern

So viel Prozent der Projektentwickler in Deutschland schätzen ihre Stimmung so ein



Rest zu 100: neutral
 Befragung von rund 30 Projektentwicklern je Quartal
 Projektentwickler: Unternehmen, die Grundstücke kaufen, Immobilien bauen und diese dann verkaufen
 Quelle: Zentraler Immobilien Ausschuss
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Nachfrage nach Wohnraum hoch ist, werden in Deutschland zu wenige Wohnungen und Häuser gebaut. Ursprünglich hatte die Bundesregierung ein Neubauziel von jährlich 400.000 ausgerufen – tatsächlich werden in diesem und im kommenden Jahr aber wohl nur jeweils 200.000 neue Wohnungen fertig sein. Vor allem für Projektentwickler – also für Unternehmen, die Grundstücke kaufen, Immobilien bauen und diese dann verkaufen – lohnt sich die Bautätigkeit aktuell aufgrund der hohen Baukosten und der hohen Zinsen nicht. Neubauten lassen sich derzeit nur mit Verlust verkaufen. Da das Personal jedoch weiterhin bezahlt und anderweitige Verpflichtungen bedient werden müssen, melden mehr und mehr Projektentwickler Insolvenz an. Entsprechend mies ist die Stimmung in der Branche (Grafik):

Im dritten Quartal 2023 befanden sich rund 61 Prozent der Projektentwickler im Stimmungstief – so viele wie noch nie.

Zufrieden sind aktuell nur knapp 7 Prozent der befragten Unternehmen, im Vorjahresquartal waren es noch dreimal so viele.

Doch nicht nur die Projektentwickler haben zu kämpfen, die gesamte Baubranche ist unter Druck. Was passiert, wenn die Beschäftigten einer kriselnden Branche ihrer Zunft den Rücken kehren, hat die Corona-

pandemie gezeigt: Sie kommen – wie in der Gastronomie und Hotellerie – in der Regel nicht mehr zurück. Dieses Schicksal steht nun auch der Baubranche bevor, sodass die Bauleistung aufgrund fehlender Fachkräfte auf Jahre limitiert sein dürfte. So geht das ifo Institut für 2025 bereits von nur noch 175.000 fertiggestellten Wohnungen in Deutschland aus.

Der Wohnungsbaugipfel, zu dem Bundeskanzler Olaf Scholz Ende September ins Kanzleramt eingeladen hatte, soll nun Linderung bringen. Angedacht ist unter anderem, den verschärften Energieeffizienzstandard EH 40 für Neubauten für den Rest der Legislaturperiode auszusetzen und die Einkommensgrenzen für Familien, die Eigentum erwerben möchten und ein zinsvergünstigtes Baudarlehen beantragen wollen, von 60.000 Euro auf 90.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen zu erhöhen. Für Kapitalanleger soll es zügigere Steuerabschreibungen geben und Investoren sollen es leichter haben, Gewerbeimmobilien zu Wohnungen umzubauen. Zudem sollen die Bundesländer mehr Gestaltungsfreiheiten bei der Grunderwerbsteuer erhalten. Insgesamt 14 Maßnahmen hat das Bundesbauministerium beim Gipfel präsentiert, die „viel verändern und viel möglich machen“ sollen. Ob sie tatsächlich eine Trendwende am Wohnungsmarkt herbeiführen, wird sich zeigen.

Studenten in Bedrängnis

Immobilienmarkt. Steigende Mieten, höhere Nebenkosten und dazu noch mehr Konkurrenz auf dem Mietmarkt: Für Studenten wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Außerdem verschlechtern sich für sie die Möglichkeiten, das Studium zu finanzieren. Und der Blick in die Zukunft verheißt nichts Gutes.

Die Universität Amsterdam bittet auf ihrer Homepage ausländische Studienanfänger dringend, nur dann ihr Studium in der niederländischen Hauptstadt zu beginnen, wenn sie auch eine Wohnung haben. So weit ist es in deutschen Universitätsstädten noch nicht. Doch die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird für die angehenden Akademiker auch hier immer schwieriger, wie der Studentenwohnreport 2023 zeigt, den das Institut der deutschen Wirtschaft und die MLP Finanzberatung erstellt haben (Grafik):

An den untersuchten deutschen Hochschulstandorten sind die Mieten für eine Studentenwohnung im Vergleich zu 2022 im Schnitt um 6,2 Prozent gestiegen.

Die stärksten Mietpreisanstiege verzeichneten Heidelberg (8,0 Prozent), Oldenburg (6,8 Prozent) und Berlin (6,4 Prozent). Die geringsten Zuwächse gab es in Regensburg (2,2 Prozent), Jena (1,6 Prozent) und Chemnitz (1,0 Prozent). Über die vergangenen drei Jahre war der Mietpreisanstieg in Berlin mit jahresdurchschnittlich 10,1 Prozent am stärksten.

Die teuersten Wohnungen gibt es weiterhin in Frankfurt und München – fast 700 Euro muss ein Mieter hier für eine Musterwoh-

nung mit 30 Quadratmetern in Hochschulnähe im Monat auf den Tisch legen.

Für die steigenden Preise gibt es mehrere Gründe:

Angebot. Fast überall ist das Angebot an kleinen Wohnungen und WG-Zimmern gesunken. In München war das Minus mit Abstand am stärksten. Dort waren zehn Wohnungen und Zimmer je 100 Studenten weniger inseriert als noch im Vorjahr. Lediglich in Chemnitz fanden sich mehr Inserate als im Vorjahreszeitraum. Dort gab es im Wintersemester 2022/2023 auch das größte Wohnungsangebot je Student.

Nachfrage. Die Ballungszentren ziehen seit Jahren immer mehr Menschen an. Damit steigt auch die Konkurrenz um Singlewohnungen und WG-Zimmer. Zusätzlich befeuert die geringe Bautätigkeit in Deutschland die prekäre Situation. Aufgrund der gestiegenen Zinsen ist selbst für gut situierte Haushalte der Erwerb von Wohneigentum unerschwinglich geworden. Daher suchen auch diese Haushalte vermehrt nach Mietwohnungen, was die Konkurrenz auf dem Mietmarkt insgesamt erhöht.

Nebenkosten. Nicht nur die Kaltmieten steigen, vor allem die Nebenkosten sind ein gewichtiger Faktor für die Bezahlbarkeit von

Wohnraum geworden. So führen die hohen Energiekosten dazu, dass in Tübingen und Frankfurt pro Quadratmeter Wohnfläche 4 Euro pro Monat an Nebenkosten anfallen. Chemnitz hat mit 2,60 Euro den niedrigsten Wert der 38 untersuchten Städte.

Zudem stagnieren die Einkommen für Studenten derzeit. Um eine immer teurere Wohnung bezahlen zu können, müssen sie deshalb mehr Zeit für Nebenjobs einplanen. Dadurch bleibt ihnen weniger Zeit, sich mit den Inhalten ihres Studiums zu beschäftigen – was den Abschluss nach hinten verschieben kann.

Finanzierungshilfen gibt es für die angehenden Akademiker zwar, doch der großen Masse helfen sie nicht:

Nur 16,7 Prozent der Studenten beziehen derzeit Bafög.

So bleibt oft nur ein Kredit, um das Studium zu finanzieren. Doch auch hier hat sich die Lage deutlich zuungunsten der Studenten verschoben. Infolge der hohen Inflation ist der Zinssatz für den KfW-Studienkredit auf 9 Prozent gestiegen – für die meisten ist das zu viel.

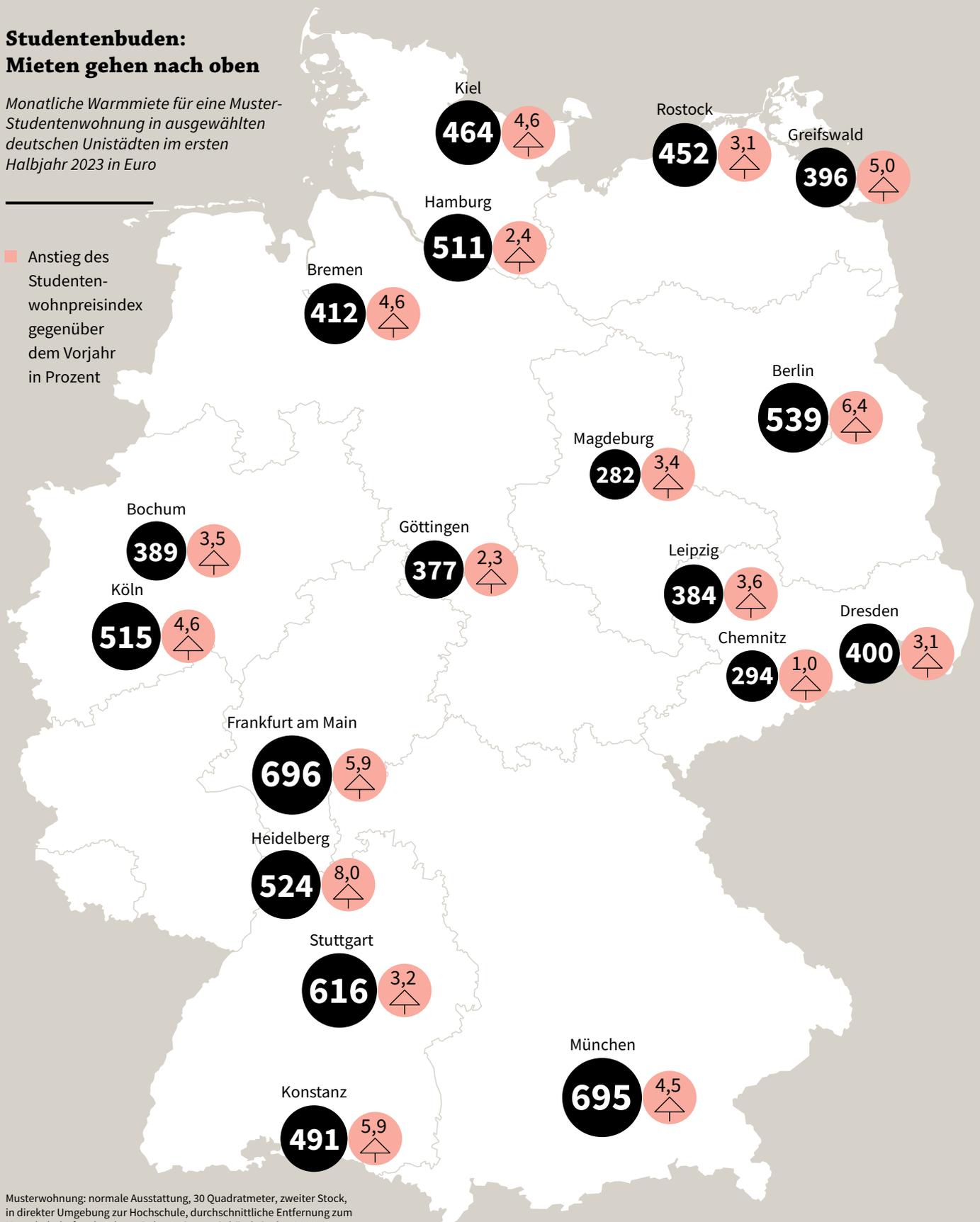
Gutachten

Christian Oberst, Michael Voigtländer,
Pekka Sagner, Constantin Bona:
MLP Studentenwohnreport 2023
iwkoeln.de/studentenwohnreport-2023

Studentenbuden: Mieten gehen nach oben

Monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung in ausgewählten deutschen Unistädten im ersten Halbjahr 2023 in Euro

■ Anstieg des Studentenwohnpreisindex gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Musterwohnung: normale Ausstattung, 30 Quadratmeter, zweiter Stock, in direkter Umgebung zur Hochschule, durchschnittliche Entfernung zum Hauptbahnhof und anderen Bahnstationen, Gebäude in den 2000er Jahren erbaut, Wohnnebenkosten 20 Prozent

Studentenwohnpreisindex: stellt die Mietpreisentwicklung der Nettokaltmieten von studentischen Wohnungen dar

Interview. Wohnungssuchende – ob Mieter oder potenzielle Käufer – sind angesichts hoher Kosten und der gedrosselten Bautätigkeit in der Bredouille. Wie man dennoch eine neue Wohnung findet und mit welchen Maßnahmen man für mehr Fluktuation auf dem Wohnungsmarkt sorgen könnte, erläutert IW-Immobilienexperte **Michael Voigtländer**.



Foto: IW Medien

„Wohnen ist sehr teuer geworden“

Wo und wie findet man heute noch eine bezahlbare Mietwohnung?

Das ist tatsächlich schwierig. Denn nicht nur in den Großstädten ist die Nachfrage nach Wohnungen hoch, auch im Umland der Ballungszentren hat es zuletzt starke Mietsteigerungen gegeben. Ich empfehle, sich im Bekanntenkreis umzuhören, sich auf Wartelisten bei Genossenschaften setzen zu lassen und vor allem eins: Geduld zu haben.

Und was macht jemand, der einen Studienplatz in Berlin oder München bekommen hat und nun dort dringend ein Apartment braucht?

Es kann wirklich ein großes Problem sein, wenn man innerhalb kurzer Zeit eine bezahlbare Unterkunft in einer Metropole braucht. Vielfach wird dort mittlerweile als Übergangslösung auf möblierte Wohnungen zurückgegriffen. Das verschafft den Wohnungssuchenden

Zeit und die Möglichkeit, vor Ort weiterzusuchen. Studenten sollten sich auf jeden Fall in die Wartelisten der Studierendenwerke eintragen lassen, die ja Wohnheime bauen und betreiben.

Welchen Tipp haben Sie aktuell für Immobilienerwerber?

Es gibt immer noch viele Menschen mit relativ viel Eigenkapital – beispielsweise aufgrund von Schenkungen oder Erbschaften. Für die gestaltet sich die Immobiliensuche

derzeit vergleichsweise einfach, weil es weniger Wettbewerber gibt, die wie sie auf Immobiliensuche sind.

Für diejenigen, die sich momentan ihre Wunschimmobilie nicht leisten können, gibt es nur zwei Optionen: Warten, bis die Zinsen fallen und Immobilien somit wieder erschwinglicher werden, oder überdenken, ob man wirklich so viel Platz und die gewünschte Ausstattung braucht.

Weil sich immer weniger Menschen Eigentum leisten können, werden – zusätzlich zur stockenden Bautätigkeit – immer weniger Mietwohnungen frei. Wie lässt sich dieses Problem lösen?

Das ist in der Tat gar nicht so einfach. Gerade viele Ältere leben in vergleichsweise großen Wohnungen, die sie eigentlich nicht mehr brauchen. Doch ein Umzug kommt für sie nicht infrage, weil sich der Wechsel in eine kleinere Wohnung aufgrund der gestiegenen Mieten für sie nicht rechnet. Man müsste also Anreize setzen wie Umzugshilfen oder Prämien, um diese Personengruppe zu motivieren, umzuziehen. Modellversuche von Wohnungsgesellschaften sind allerdings nicht besonders ermutigend.

Auch die vielen Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, brauchen Wohnraum ...

Allerdings. Wir kommen nicht darum herum, den Wohnungsbau in Deutschland anzukurbeln. Sonst könnte es passieren, dass nicht genügend Fachkräfte aus dem Ausland hierherkommen, schlicht aus dem Grund, weil sie hier keine Wohnung finden. In Stockholm ist genau das passiert: Dort gab es lange einen Boom qualifizierter Zuwanderer, doch dann wurde der Wohnungs-

mangel so groß, dass sich die auswanderungswilligen ausländischen Fachkräfte nicht mehr für die schwedische Hauptstadt entscheiden haben.

Eine Möglichkeit, gegenzusteuern, ist das sogenannte Mitarbeiterwohnen: Hierbei erwerben Unternehmen Wohnungen und vermieten diese an ihre Mitarbeiter oder die Unternehmen kooperieren mit Wohnungsgesellschaften. Dieses eigentlich „alte“ Modell erlebt derzeit eine Renaissance.

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland noch mehr als zwei Millionen Sozialmietwohnungen, mittlerweile ist es nur noch rund die Hälfte. Sollte der Staat wieder mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau stecken?

Deutschland gibt immer noch eine ganze Menge Geld für den sozialen Wohnungsbau aus. Ein Problem im sozialen Wohnungsbau ist die hohe Fehlbelegungsquote: Nur 45 Prozent der Mieter von Sozialwohnungen sind tatsächlich armutsgefährdet. Wir bräuchten also dringend mehr Fluktuation in diesem Segment, was sich etwa über befristete Mietverträge lösen ließe.

Darüber hinaus ist es aber wichtig, weiterhin preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Das können die Kommunen selbst steuern, indem sie den Bauträgern Vorgaben machen, dass nicht nur gehobener Wohnraum, sondern auch günstigere Wohnungen entstehen. Mit solchen Konzeptvergaben hat etwa Hamburg gute Erfolge erzielt.

Eine Studie der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen kommt zu dem Schluss, dass Bauherren, die ohne staatliche Förderung bauen und vermieten

wollen, mittlerweile durchschnittlich 17,50 Euro pro Quadratmeter verlangen müssten, um noch Geld zu verdienen. Müssen wir uns an solche Mietpreise gewöhnen?

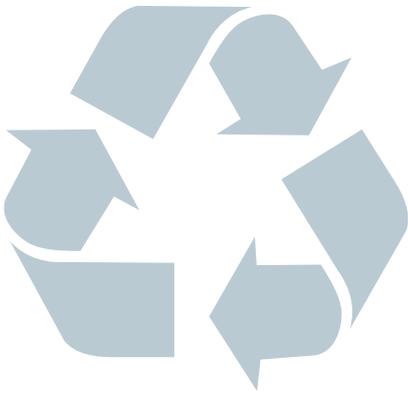
Ja, aktuell schon. Das Wohnen ist sehr teuer geworden. Das liegt auch an dem sehr hohen Baustandard, den wir in Deutschland haben. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, wo ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr gegeben ist. Die Brandschutzvorschriften in Deutschland besagen, dass ein Einfamilienhaus nach einem Brand noch stehen muss. In den Niederlanden ist das anders, da darf das ausgebrannte Gebäude zusammenbrechen. Und das ist meines Erachtens auch in Ordnung, denn ein Haus, das gebrannt hat, wird ohnehin abgerissen und neu gebaut werden müssen. Die Kosten, die diese spezifische Brandschutzregel nach sich zieht, könnte man also gut einsparen.

Ein anderes Beispiel ist folgendes: In Österreich oder den skandinavischen Ländern entstehen viele neue Wohnungen durch Aufstockungen – auch dies scheitert bei uns zumeist am Brandschutz.

Wohngebäude in Deutschland werden im Schnitt 80 bis 100 Jahre alt. Ist das noch zeitgemäß?

Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland: nein. Es wäre sinnvoll, jetzt angesichts des akuten Wohnungsmangels auch über den Bau einfachen Wohnraums nachzudenken, der nur zehn oder 15 Jahre genutzt werden kann. Dies wäre zum Beispiel mit Blick auf das studentische Wohnen sinnvoll. Für diese Häuser und Wohnungen ließen sich gut günstigere Baumaterialien wie Holz verwenden, die überdies auch ökologische Vorteile haben.

Das gläserne Produkt



Kreislaufwirtschaft. Um Ressourcen möglichst lange zu nutzen, plant die EU die Einführung eines Digitalen Produktpasses. Als Grundlage für ein solch technisch und inhaltlich komplexes System bieten sich bereits bestehende Datenstandards wie ECLASS an. Außerdem gilt es, die Unternehmen einzubinden, damit der Effekt möglichst groß ist.

Um die Umwelt und das Klima zu schonen, bietet die Kreislaufwirtschaft jede Menge Potenzial. Der Gedanke dahinter: Alte Produkte werden möglichst wieder instand gesetzt oder ihre Bestandteile für neue Produktionsprozesse verwendet. Die Schwierigkeit besteht allerdings häufig darin, überhaupt zu wissen, was alles in einem Produkt enthalten ist. So sind zum Beispiel in einem

Smartphone im Schnitt 60 unterschiedliche Rohstoffe verbaut.

Um die Kreislaufwirtschaft einfacher und effektiver zu machen, will die EU im Zuge ihres Green Deals einen Digitalen Produktpass (DPP) einführen. Dazu sollen alle relevanten Informationen eines Produkts wie Hersteller, Material, Reparatur- und Entsorgungsmöglichkeiten digital erfasst und über das DPP-System transparent für alle am Produktlebenszyklus beteiligten Akteure zugänglich sein.

Bis es so weit ist, gilt es allerdings noch einige Hürden zu nehmen, zum Beispiel rechtliche:

Der DPP muss so angelegt werden, dass er mit den EU-Gesetzen vereinbar ist – von den produktbezogenen Regelungen bis hin zum EU-Abfallrecht.

Die Angaben zu den Produkten müssen zudem im Einklang mit der Datenintegrität, der Datensicherheit und dem Datenschutz sein.

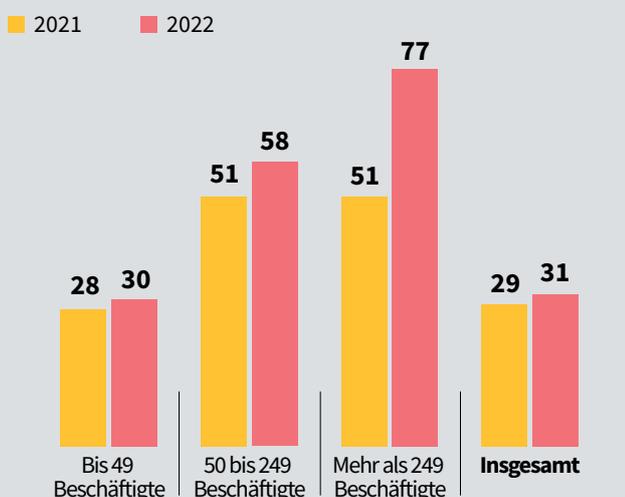
Der DPP muss technisch modular aufgebaut werden, etwa wie ein Baukastensystem. Der DPP dient dabei aus technischer Sicht als sogenannter Transportcontainer. Hersteller, Lieferanten und auch Verbraucher sollen gleichermaßen auf die enthaltenen Informationen zugreifen und sie verstehen können wie Maschinen und Anwendungssysteme.

Eine weitere Herausforderung ist die Semantik. Es braucht Standards, damit Informationen zu den Produkten vergleichbar und auch filterbar sind. Die Vielzahl der Anforderungen zeigt: Das Einführen eines DPP ist ein komplexes Vorhaben.

Sinnvoll ist es daher, das neue System auf bereits bestehenden Standards aufzubauen. Hier bietet sich

Data Economy: Nur jedes dritte Unternehmen ist bereit

So viel Prozent der Unternehmen dieser Größe in Deutschland erfüllen die Voraussetzungen, um Daten effizient zu bewirtschaften



Befragung von mehr als 1.000 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

beispielsweise ECLASS an. Er ist ein Standard für die Klassifizierung und eindeutige Beschreibung von Produkten und Dienstleistungen. Im Gegensatz zu anderen Datenstandards hat ECLASS zwei entscheidende Vorteile. Zum einen kommt er schon heute weltweit zum Einsatz. Zum anderen ist das System branchenübergreifend.

Darüber hinaus bietet der ECLASS-Standard eine einheitliche Datenstruktur, verwendet eindeutige Codes und wird jährlich an die Anforderungen verschiedener Branchen, Märkte und Produktinnovationen angepasst. Außerdem werden in menschlicher Sprache verfasste Normen bei ECLASS semantisch maschineninterpretierbar umgesetzt.

Der DPP kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn ihn auch möglichst viele Unternehmen nutzen. Der Nachhaltigkeitsaspekt, den das System verfolgt, ist auch für einen Großteil deutscher Produzenten bedeutsam (Grafik):

Für gut zwei Drittel der Produktionsbetriebe in Deutschland ist die Langlebigkeit ihrer Erzeugnisse bereits heute eine wichtige Eigenschaft.

Ebenfalls hohe Werte erzielen die Ressourceneffizienz (61 Prozent) und die Abfallvermeidung (58 Prozent). Eigenschaften wie Reparaturfähigkeit und Wiederverwendbarkeit ihrer Produkte sind dagegen für deutlich weniger als die Hälfte der Befragten ein wichtiger Aspekt. Gerade auf die letzten beiden Eigenschaften will die EU in Zukunft einen größeren Wert legen.

Um den DPP effektiv und gewinnbringend zu nutzen, ist nicht nur die grundsätzliche Haltung eines Unternehmens von Bedeutung. Wenn die nötige digitale Infrastruktur fehlt, nützen die besten Absichten nichts. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es in Deutschland noch einiges zu tun (Grafik Seite 8):

Im Jahr 2022 waren nur 31 Prozent der deutschen Unternehmen in der Lage, Daten effizient zu bewirtschaften.

Die größeren Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten erzielten mit 77 Prozent ein deutlich besseres Ergebnis als der Durchschnitt. Da in der Bundesrepublik aber die überwältigende Mehrheit der Firmen zu den kleinen und mittleren Betrieben zählt, gilt es, bei diesen anzusetzen und die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker zu nutzen.

Produktanforderungen: Langlebigkeit ist Firmen besonders wichtig

So viel Prozent der rein auf die Produktion ausgelegten Unternehmen in Deutschland halten folgende Aspekte bei Produkten für (eher) wichtig



Befragung von 347 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

IW-Report 47/2023

Adriana Neligan, Carmen Schleicher, Barbara Engels, Thorsten Kroke: Digitaler Produktpass – Enabler der Circular Economy
iwkoeln.de/digitaler-produktpass

Der digitale Faktor

Künstliche Intelligenz. Digitale Technologien sind längst Teil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Mit Chatbots wie ChatGPT und Google Bard ist zuletzt insbesondere die künstliche Intelligenz (KI) in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die IW Consult hat nun untersucht, welche Bedeutung KI-Anwendungen – insbesondere KI-gestützte Google-Dienste – für die deutsche Wirtschaft haben.

Bis 2030 gehen in Deutschland etwa 4,2 Milliarden Arbeitsstunden dadurch verloren, dass Erwerbstätige altersbedingt in den Ruhestand treten. Allein mit nachrückenden Generationen und qualifizierter

Zuwanderung wird sich diese Lücke aller Voraussicht nach nicht schließen lassen. Um die wegfallende Arbeitszeit zu kompensieren, muss Arbeit in Zukunft deshalb produktiver gestaltet werden. Nur wie?

Eine viel diskutierte Technologie in der Debatte rund um effizienteres Arbeiten ist die künstliche Intelligenz. Ein beträchtlicher Teil der Unternehmen in Deutschland nutzt KI bereits (Grafik):

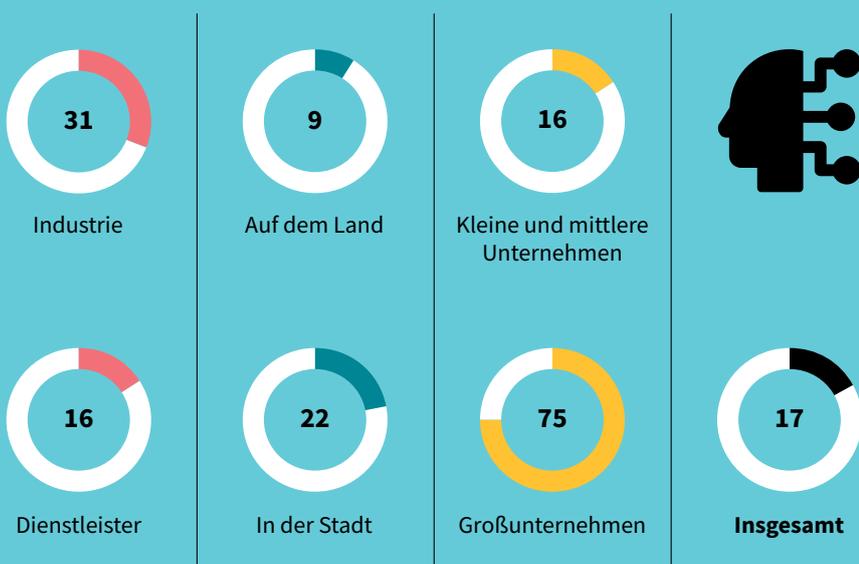
Rund 600.000 Unternehmen setzten hierzulande zuletzt künstliche Intelligenz ein – 17 Prozent aller Unternehmen in Deutschland.

Unternehmen aus der Industrie setzen KI-Anwendungen besonders häufig ein: In einer im Rahmen der IW-Consult-Studie durchgeführten Befragung gab annähernd jedes dritte Industrieunternehmen an, künstliche Intelligenz zu nutzen. Damit war der Anteil der KI-nutzenden Unternehmen in der Industrie fast doppelt so hoch wie im Dienstleistungssektor.

Ein Blick auf die Umsatzzahlen zeigt, dass sich der Einsatz von KI für die Industrieunternehmen auch wirtschaftlich lohnt: 88 Prozent der Industrieunternehmen, die KI einsetzten, erzielten im vergangenen Jahr eine positive Nettoumsatzrendite, verbuchten also einen Gewinn. Bei den Industrieunternehmen, die keine KI nutzten, traf das nur auf 69 Prozent zu.

KI-Nutzung: Große Unterschiede zwischen Unternehmen

So viel Prozent der entsprechenden Unternehmen setzen künstliche Intelligenz ein



Kleine und mittlere Unternehmen: weniger als 250 Beschäftigte
 Großunternehmen: ab 250 Beschäftigte
 Befragung von 2.068 Unternehmen in Deutschland im Juni und Juli 2023 durch Public First

Quelle: IW Consult
 © 2023 IW Medien / iwd

Ob ein Unternehmen KI einsetzt oder nicht, hängt neben der Branche auch von der Lage ab: Auf dem Land nutzten nur 9 Prozent der heimischen Unternehmen KI-Anwendungen, in städtischen Räumen waren es bereits 22 Prozent.

Und auch die Größe der Unternehmen spielt eine wesentliche Rolle. Während von den Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten nur etwa jedes sechste KI-Anwendungen nutzte, setzten 75 Prozent der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten künstliche Intelligenz ein. Dabei lohnt es sich auch für kleine und mittlere Unternehmen, KI anzuwenden: Kleine Unternehmen, die KI einsetzen, wiesen häufiger eine positive Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung auf als jene kleinen Betriebe, die KI nicht nutzten. Umso entscheidender ist es für die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, mithilfe von KI-Anwendungen ihre Produktivität zu steigern und den Abstand zu Großunternehmen konstant zu halten oder zu verringern.

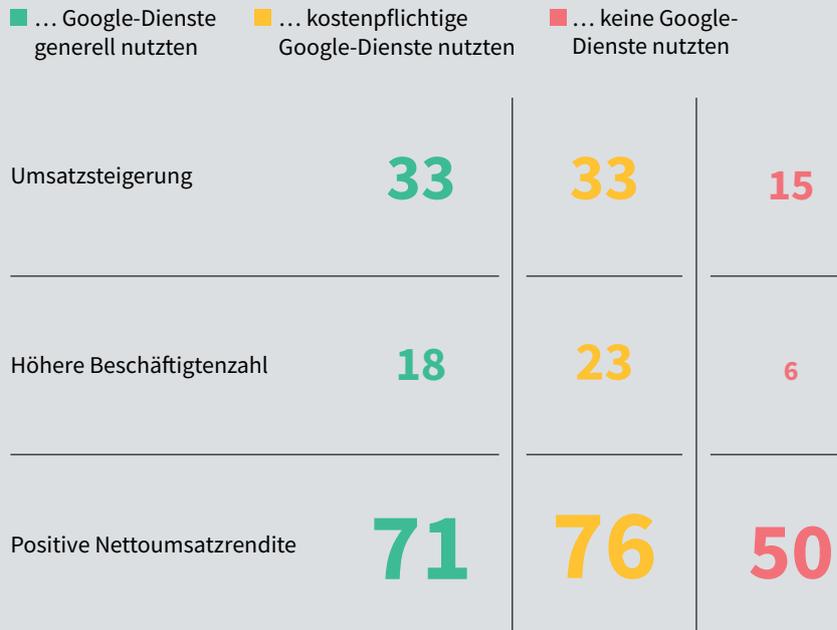
Welches gesamtwirtschaftliche Potenzial in künstlicher Intelligenz steckt, zeigt sich, wenn man den produktivitätssteigernden Effekt der KI-Nutzung auf alle Beschäftigten hochrechnet:

Generative KI – darunter fallen KI-Anwendungen, die Inhalte wie Texte oder Bilder erstellen – könnten in Zukunft 330 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung in Deutschland beitragen, wie Berechnungen der IW Consult zeigen.

Dieser Rechnung liegt die Annahme zugrunde, dass ein Arbeitnehmer in Deutschland im Schnitt etwa zwei Arbeitsstunden pro Woche durch KI-Anwendungen sparen könnte. Insgesamt könnten damit 3,9 der 4,2 Milliarden bis 2030 wegfallenden

Google-Dienste: Unternehmen pro tieren

So viel Prozent der Unternehmen, die ... erzielten im Jahr 2022 diesen Effekt



Kostenpflichtige Google-Dienste: AdSense, Google Ads, Google Cloud, Google Workspace, Youtube Ads
 Nettoumsatzrendite: Nettogewinn in Prozent des Umsatzes
 Befragung von 2.068 Unternehmen in Deutschland im Juni und Juli 2023 durch Public First

Quelle: IW Consult
 © 2023 IW Medien / iwd



Arbeitsstunden kompensiert werden. Damit sich durch die eingesparte Zeit tatsächlich die Wertschöpfung erhöht, müssen die Beschäftigten in der frei gewordenen Arbeitszeit Tätigkeiten mit vergleichbarer Wertschöpfung nachgehen.

Darauf zielen auch die Unternehmen ab: Zwei von drei Betrieben, die planen, in den nächsten fünf Jahren in KI-Anwendungen zu investieren, gehen davon aus, dass sie die dadurch frei werdende Arbeitszeit ihrer Beschäftigten für andere, ähnlich produktive Tätigkeiten einsetzen können.

Ein zentrales Element für die Gestaltung dieser Transformation ist die entsprechende Software. Neun von zehn Unternehmen in Deutschland greifen dabei auf KI-gestützte Dienste von Google zurück – mit Erfolg (Grafik):

Rund ein Drittel der Firmen, die mindestens einen Google-Dienst nutzten, erzielte 2022 einen höheren Umsatz als im Vorjahr, während es bei Unternehmen, die dies nicht taten, nur halb so viele waren.

Auch in puncto Innovationen profitieren die Unternehmen vom Technologiekonzern: Fast die Hälfte der Unternehmen in Deutschland gibt an, dass ihnen Google-Anwendungen helfen, neue Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Gutachten

Lennart Bolwin, Tillman Hönig, Christian Kestermann, Hanno Kempermann, Hilmar Klink, Felicitas Kuttler, Sebastian van Baal: Der digitale Faktor – Wie Deutschland von intelligenten Technologien profitiert iwkoeln.de/digitaler-faktor

Das Wachstum wiederbeleben

Polen. Wer auch immer als Sieger aus der bevorstehenden Parlamentswahl hervorgeht: Die künftige polnische Regierung steht vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Um an die Wachstumserfolge früherer Jahre anknüpfen zu können, muss die Politik neue Impulse setzen – und die Konflikte mit der EU ausräumen.

Rund 30 Millionen wahlberechtigte Polinnen und Polen entscheiden am 15. Oktober darüber, wer ihr Land in den kommenden vier Jahren regiert. Die Frage, wie sich Polen unter der künftigen Regierung wirtschaftlich entwickeln wird, ist auch für Deutschland und Europa insgesamt relevant. Denn das Land ist inzwischen gemessen am Bruttoinlandsprodukt die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Die Wachstumsbilanz ist beeindruckend (Grafik):

Von 1991 bis 2022 ist die reale Wirtschaftsleistung Polens um fast 250 Prozent gestiegen – in Ungarn und Tschechien legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt nur um rund 100 Prozent zu.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich Polen zunehmend in die internationalen Wertschöpfungsketten integriert. Mit Exporten im Wert von zuletzt 343 Milliarden Euro und Importen von 363 Milliarden Euro hat sich das Handelsvolumen allein seit 2002 versiebenfacht.

Deutschland ist mit einem Anteil am polnischen Außenhandel von rund 27 Prozent der bei Weitem wichtigste Kunde und Lieferant der polnischen Wirtschaft.

Der wirtschaftliche Aufstieg hat den Anteil der Beschäftigten an allen 15- bis 64-Jährigen auf das historische Hoch von mehr als 70 Prozent steigen lassen. Und:

Die Arbeitslosenquote lag 2022 unter 3 Prozent – hinter Tschechien war das die zweitniedrigste Quote in der EU.

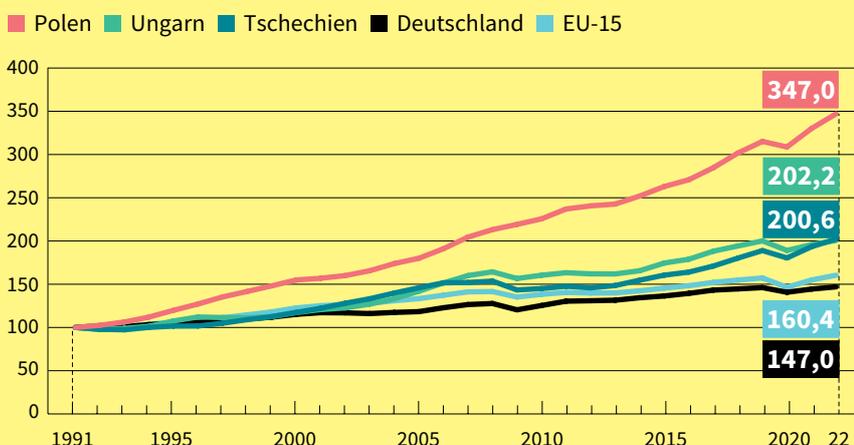
Zuletzt ist die polnische Wirtschaft allerdings unter Druck geraten: In diesem Jahr dürfte das reale BIP nur noch um 0,9 Prozent zulegen. Ein wesentlicher Belastungsfaktor ist dabei die Rezession in Deutschland.

Hinzu kommt die hohe Inflation – 2022 legten die Verbraucherpreise in Polen im Schnitt um 13 Prozent zu. Als Reaktion darauf erhöhte die polnische Zentralbank den Leitzins bis auf 6,75 Prozent, was die private Konsum- und Investitionstätigkeit bremst. Zugleich sind Arbeitskräfte knapp, sodass die Löhne stärker steigen, als es angesichts der abgeschwächten Konjunktur angemessen wäre. Eine Lohn-Preis-Spirale droht.

Darüber hinaus muss Polen strukturelle Herausforderungen bewältigen, um auf den früheren Wachstumspfad zurückkehren zu können:

Polen: Wirtschaft ist überdurchschnittlich stark gewachsen

Reales Bruttoinlandsprodukt, 1991 = 100



Stand: jeweils 1. Januar

Als Vergleichsländer wurden neben Deutschland mit Tschechien und Ungarn zwei Staaten der sogenannten Visegrád-Gruppe herangezogen, der auch Polen angehört und in deren Rahmen die Staaten seit dem Ende des Ostblocks bei der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation informell kooperieren

EU-15: EU vor dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten ab dem Jahr 2004

Quelle: EU-Kommission
© 2023 IW Medien / iwd

Innovationskraft und Produktivität steigern. Im Innovationsindex der EU-Kommission liegt Polen mit 68 Punkten deutlich unter dem EU-Schnitt von 108,5. Ein starkes Hemmnis sind die niedrigen Forschungsausgaben (Grafik):

Trotz eines deutlichen Anstiegs seit 2010 erreichten die polnischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2020 nur knapp 1,4 Prozent des BIP – das Vergleichsland Tschechien kam immerhin auf rund 2 Prozent.

Die geringe Innovationskraft führt mit dazu, dass die Arbeitsproduktivität, also die Bruttowertschöpfung je Beschäftigtenstunde, in Polen lediglich 67 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt und unter dem Niveau von Ungarn (70 Prozent) und Tschechien (77 Prozent) liegt. Ursachen für die schwache Produktivität der polnischen Wirtschaft sind unter anderem mangelnde IT-Kenntnisse der Erwerbsbevölkerung und der geringe Anteil an Studienabschlüssen im MINT-Bereich.

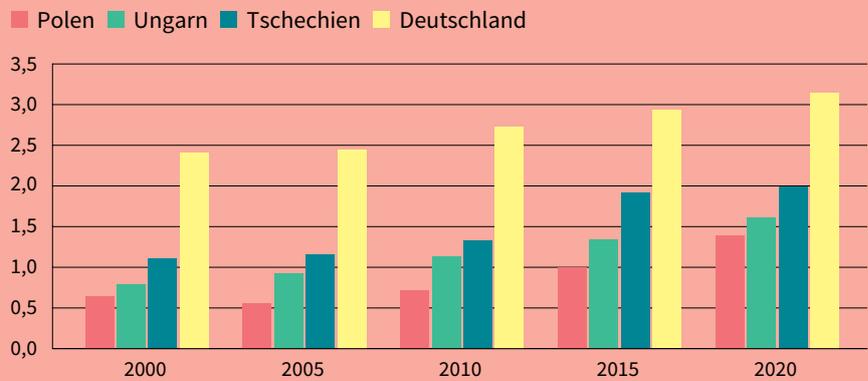
Um die Innovationstätigkeit zu stärken, sollte die künftige polnische Regierung zum Beispiel in die Forschungsinfrastruktur investieren und Weiterbildungen im IT-Bereich fördern.

Die grüne Transformation meistern. Der Klimawandel und die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine machen die Abkehr von fossilen Energieträgern alternativlos. Doch Polens Energieproduktion beruht nach wie vor zu fast 70 Prozent auf der Kohle und erst zu 21 Prozent auf erneuerbaren Energien. Bisher plant die Regierung in Warschau nur, diesen Anteil bis 2030 auf etwa 30 Prozent zu steigern.

Um ambitioniertere Ziele zu erreichen, müsste die Politik deregulieren – derzeit ist beispielsweise für Windenergieanlagen das Zehnfache

Polen investiert wenig in die Zukunft

Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Als Vergleichsländer wurden neben Deutschland mit Tschechien und Ungarn zwei Staaten der sogenannten Visegrád-Gruppe herangezogen, der auch Polen angehört und in deren Rahmen die Staaten seit dem Ende des Ostblocks bei der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation informell kooperieren

Quelle: Weltbank
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

ihre Höhe als Mindestabstand zur nächsten Siedlung vorgeschrieben. Generell dauern Verwaltungsverfahren im Rahmen der Energiewende zu lange. Außerdem gilt das Energienetz in Polen als veraltet.

Das benötigte Geld für die Energiewende könnte zum Teil aus Brüssel kommen – insgesamt hat sich Polen um knapp 35 Milliarden Euro an Fördergeldern aus der sogenannten Aufbau- und Resilienzfazilität beworben. Ausgezahlt werden die Mittel aber erst, wenn Polen von der EU-Kommission verlangte Reformen umsetzt – insbesondere muss die Regierung die Unabhängigkeit der Gerichte stärken. Bisher stellt sich die von der PiS-Partei geführte Koalition hier quer.

Das Investitionsklima verbessern. Maßnahmen, um die Rechtsstaatlichkeit zu verbessern und die Gerichtsbarkeit zu stärken, könnten auch helfen, mehr private Investitionen in Zukunftstechnologien und Klimaschutz zu mobilisieren. In den vergangenen Jahren betrug die gesamten Investitionen von Staat und privater Wirtschaft in Polen stets

weniger als 25 Prozent des BIP – Tschechien und Ungarn kamen zuletzt auf 33 beziehungsweise 34 Prozent.

Eine wesentliche Investitionshürde ist bis dato, dass die Unternehmen den Investitionsschutz durch Gesetze und Gerichte als eher schlecht einstufen – 62 Prozent der Unternehmen in Polen haben diesbezüglich kein Vertrauen in die heimische Politik und Justiz. Die Firmen monieren die häufigen Änderungen der Rechtsvorschriften, intransparentes Verwaltungshandeln sowie die Schwierigkeit, Verwaltungsentscheidungen vor Gericht anzufechten. Die künftige Regierung muss also einiges tun, um das Vertrauen der Unternehmen zurückzugewinnen.

IW-Report 51/2023

Thomas Obst, Samina Sultan:
Polen vor der Wahl –
Wirtschaftsmodell im Wandel
iwkoeln.de/polen



Einen Kommentar zur Wahl in Polen lesen Sie unter

iwkd.de/polen-kommentar

Nur auf den ersten Blick ein Widerspruch

Arbeitslosigkeit. Der Fachkräftemangel ist in Deutschland allgegenwärtig. Nichtsdestotrotz gab es im August dieses Jahres 2,7 Millionen Arbeitslose und rund 900.000 Erwerbsfähige, die als unterbeschäftigt galten. Doch das ist nur scheinbar ein Widerspruch, denn vier Gründe sorgen dafür, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland teilweise schwer abzubauen ist.

Deutschland im Jahr 2023: Restaurants haben nur noch drei Tage in der Woche geöffnet, der Zugverkehr auf einigen Nebenstrecken ist längst eingestellt und auf einen Termin beim Facharzt oder Handwerker wartet man teils monatelang. Der Arbeitskräfte-

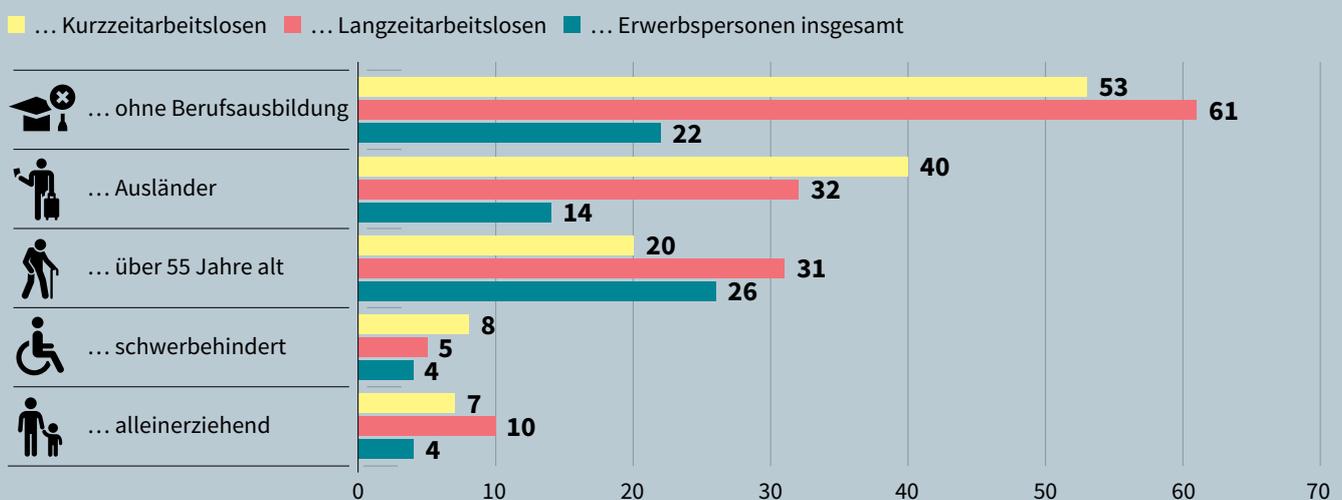
mangel hat das Land fest im Griff. Gleichwohl ist die Zahl der Arbeitslosen zuletzt auf 2,7 Millionen gestiegen. Hinzu kommen etwa 900.000 Unterbeschäftigte, wozu die Statistik beispielsweise Menschen zählt, die von der Bundesagentur für Arbeit eine Weiterbildung finanziert

bekommen und deshalb nicht als arbeitslos gelten.

Zahlreiche offene Stellen einerseits, mindestens genauso viele Jobsuchende andererseits – wie passt das zusammen? In einer neuen Studie benennt das IW vier zentrale Gründe:

Arbeitslosigkeit: Wen es vor allem trifft

So viel Prozent der ... waren ...



Stand: Juli 2023;
 Anteile an allen Erwerbspersonen aus dem Mikrozensus 2022;
 Anteil der Schwerbehinderten aus dem Mikrozensus 2021;
 Langzeitarbeitslose: ab zwölf Monaten ununterbrochene Arbeitslosigkeit

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt
 © 2023 IW Medien / iwd

Sucharbeitslosigkeit. Nicht jeder, der arbeitslos wird, findet sofort den perfekten neuen Job. Vielmehr müssen die meisten eine Weile nach einer passenden Tätigkeit suchen. Das ist normal für einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt. Mehr noch: Sucharbeitslosigkeit kann bis zu einem gewissen Grad sogar gesamtwirtschaftlich effizient sein. Denn Arbeitnehmer sind in einem perfekt passenden Job in der Regel produktiver als in einem, den sie nur annehmen, um schnellstmöglich wieder eine Stelle zu haben.

Qualifikation. Es ist keinesfalls so, dass die Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitsuchenden immer zu den Anforderungen passen, die für offene Stellen benötigt werden (Grafik):

Deutlich mehr als 50 Prozent der kurzzeitig Arbeitslosen verfügten im Juli 2023 über keine abgeschlossene Berufsausbildung, bei den Langzeitarbeitslosen waren es sogar mehr als 60 Prozent.

Gleichzeitig gibt es nur wenige offene Stellen für entsprechend geringqualifizierte. Gesucht werden stattdessen vornehmlich Fachkräfte (siehe iwd 16/2023).

Doch selbst eine abgeschlossene Berufsausbildung genügt oft nicht, um beruflich auf der sicheren Seite zu sein. Denn längst nicht jede qualifizierte Fachkraft ist gleichermaßen gefragt. So konkurrieren in Deutschland beispielsweise jeweils 25 arbeitslose Fachkräfte der Musikpädagogik um eine gemeldete offene Stelle, wohingegen jeder arbeitslose Mechatroniker hierzulande rein

rechnerisch aus fünf Arbeitsplatzangeboten wählen kann.

Die Idee, Jobsuchende einfach beruflich weiterzubilden, ist indes nur bedingt erfolgversprechend. Schließlich muss die Weiterbildung zu den individuellen Neigungen und Fähigkeiten der Person passen.

Für kurzzeitig Arbeitslose funktioniert das besser als für Langzeitarbeitslose:

Sechs Monate nach Abschluss einer Weiterbildung hatten 70 Prozent der einstigen Empfänger von Arbeitslosengeld einen neuen Job gefunden, aber lediglich 39 Prozent der Langzeitarbeitslosen, die Bürgergeld beziehen.

Mismatch. Im Sommer 2023 konkurrierten in Bayern rechnerisch 16 Arbeitslose um nur zehn gemeldete offene Stellen, in Berlin waren es dagegen 94. Dieses Beispiel zeigt, dass es ein erhebliches Mismatch zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen gibt – schon die generelle Arbeitslosigkeit unterscheidet sich zwischen Bundesländern und selbst zwischen Kreisen massiv.

Während die Problematik bei Fachkräften insgesamt gar nicht so groß ist, ist sie bei Helfern umso gravierender – so kamen in Bayern im Juli dieses Jahres 36 Helfer auf je zehn passende Jobs, in Berlin waren es sogar 256.

Verringern könnte den regionalen Mismatch ein Umzug der Arbeitssuchenden dorthin, wo Personal benötigt wird. Doch das ist leichter gesagt als getan: Erstens sind viele Menschen in ihrem Umfeld sozial und kulturell verankert. Zweitens

führt der oft zu erwartende eher geringe Verdienst am neuen Standort dazu, dass sich der Umzug schlicht nicht lohnt.

Vermittlungshemmnisse. Bei der Frage, weshalb Arbeitslosigkeit trotz Arbeitskräftemangel Bestand hat, dürfen individuelle Vermittlungshemmnisse nicht unterschlagen werden. Häufig gibt es sogar gleich mehrere. Das gilt gerade für Langzeitarbeitslose.

Zu den Vermittlungshemmnissen gehören beispielsweise das fortgeschrittene Alter der Arbeitslosen oder gesundheitliche Einschränkungen. So sind 31 Prozent der Langzeitarbeitslosen älter als 55 Jahre – unter allen Erwerbsfähigen gilt das nur für 26 Prozent.

Hinzu kommt, dass bei langer Arbeitslosigkeit soziale Kompetenzen verlernt werden können – Pünktlichkeit zum Beispiel. Auch externe Widrigkeiten, wie die unzureichende Kinderbetreuung für Alleinerziehende, erschweren den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt. Gleiches gilt, wenn jemand alkohol- oder drogenabhängig ist oder hoch verschuldet.

Weil die Problemlagen und Hindernisse für eine Arbeitsaufnahme so individuell sind, braucht es auch individuelle Ansätze für die Wiedereingliederung – es gibt keine Patentlösung.

IW-Kurzbericht 54/2023

Holger Schäfer:

Persistenz von Arbeitslosigkeit bei hoher Arbeitskräftenachfrage
[iwkoeln.de/persistenz](https://www.iwkoeln.de/persistenz)

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche



46,8 Prozent

der Erwerbstätigen in Deutschland waren im Jahr 2022 Frauen. Zum Vergleich: Der Frauenanteil in der deutschen Bevölkerung betrug im vergangenen Jahr rund 50,7 Prozent. Der Abstand zwischen den Erwerbstätigenanteilen von Frauen und Männern ist in den vergangenen Jahrzehnten allerdings deutlich geringer geworden: Im Jahr 2002 lag der Erwerbstätigenanteil der Frauen bei 44,6 Prozent – zehn Jahre später betrug er bereits 46,3 Prozent. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben Frauen zwischen 55 und 64 Jahren am stärksten aufgeholt: Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen dieser Altersgruppe stieg um knapp 9 Prozentpunkte und nähert sich mit rund 47,7 Prozent langsam der Geschlechterverteilung in der Bevölkerung an. In den jüngeren Generationen hat sich die Erwerbsbeteiligung dagegen nur geringfügig erhöht. Bei den unter 25-Jährigen ist der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen seit 2002 sogar leicht zurückgegangen. Ein möglicher Grund hierfür ist, dass in Deutschland mehr junge Frauen als früher studieren und dadurch später anfangen zu arbeiten.

Top-Liste: Ausländische Touristen

Die EU-Länder vereinen knapp 6 Prozent der Weltbevölkerung auf sich – doch sie verbuchten im Jahr 2022 fast 46 Prozent aller Ankünfte internationaler Touristen. Unter den weltweit zehn wichtigsten Zielländern von Reisenden waren allein sechs EU-Staaten – Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Griechenland und Österreich. Im Schnitt entfielen in der EU im vergangenen Jahr 43 Prozent aller Übernachtungen in touristischen Unterkünften auf ausländische Gäste. Während allerdings in Malta, Kroatien und Zypern mehr als neun von zehn Übernachtungsgästen aus dem Ausland kamen, lag der Anteil in Rumänien unter 15 Prozent. Auch in Deutschland überwiegt der Inlandtourismus bei Weitem – mit knapp 67 Millionen entfielen nur rund 17 Prozent aller touristischen Übernachtungen in der Bundesrepublik auf ausländische Urlauber und Geschäftsreisende.

EU: Teils viele Reisende aus dem Ausland

So viel Prozent der Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in den EU-Ländern entfielen im Jahr 2022 auf ausländische Gäste

Malta	91,9
Kroatien	91,4
Zypern	90,8
Luxemburg	86,0
Griechenland	84,0
...	
Finnland	22,6
Schweden	22,2
Deutschland	16,9
Polen	16,4
Rumänien	14,2



Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

iwd